

Region Hanau

Mittwoch, 20. März 2013

phr HH Seite 17

Es ist Frühling!

Liebe Leser, es ist Frühling! Ab heute wird es wärmer. Die Knospen sprießen, die Vögel zwitschern und die Eiscafés holen ihre Garnituren wieder nach draußen. Das Herz geht einem auf, wenn man die Sonne scheinen sieht, verschwunden ist die Winter-Tristesse der grauen Tage. Tja, schön wär's! Der Blick ins Freie verrät, dass der heutige astronomische Frühlingsbeginn leider nur auf dem Papier stattfindet. Einstellige Temperaturen sagen die Wetterexperten voraus, dazu soll es ab und an regnen. Wenn es ganz dumm läuft, könnte sich sogar noch die ein oder andere Flocke Schnee daruntermogeln – zumindest in höheren Lagen.

Lieber Wettergott, so langsam reicht es doch mit dem Winter! Wir haben fast Ende März. Lange genug haben wir uns mit den kalten Temperaturen herumgeplagt. Brav haben wir sogar den jüngsten Kälteeinbruch ertragen. Jetzt wollen wir Sonne und Frühlingsgefühle! Doch was können wir dazu beitragen, dass es endlich soweit ist? Wo bleibt die Klimaerwärmung, wenn man sie braucht?

Eine gute Möglichkeit, den Treibhauseffekt anzukurbeln, haben die Hanauer derzeit: Sie brauchen sich nur ins Auto zu setzen und die Kreuzung Oderstraße/Bundesstraße 45/Bruchköbeler Landstraße anzupeilen. An der dortigen Großbaustelle steht man momentan etliche Minuten im Stau, ganz gleich in welche Richtung. Wer da den Motor laufen lässt, tut ganz automatisch etwas dafür, dass es sich das Klima vielleicht bald anders überlegen könnte. Also liebe Autofahrer, sich über die Baustelle aufzuregen, ist völlig verkehrt. Sehen Sie es mal so: Sie tun etwas dafür, dass der Frühling bald Einzug hält – dann kann auch das Auto stehen bleiben und das Fahrrad aus dem Keller geholt werden. (cd)



Nur eine echte Reduktion des Fluglärms hilft den Betroffenen, glaubt IGF-Vorsitzender Eric Ludwig. Die Interessengemeinschaft unterstützt den Vorstoß der vier Oberbürgermeister aus Hanau, Frankfurt, Mainz und Offenbach. Foto: dpa

Ältere Frau fackelt Küche ab

Maintal (pm/phr). Es war offenbar der falsche Schalter am Herd, den am Montagmorgen eine ältere Frau in einem Seniorenwohnsitz an der Eichendorffstraße in Dörnigheim drehte. Die 84-Jährige wollte sich im Backofen ein Brötchen aufbacken, erhitze aber durch den Fehlgriff eine der Kochplatten – mit unliebsamen Folgen. Ein auf der heißen Platte stehender Toaster geriet in Brand und setzte hierdurch weitere Teile der Küche in Flammen. Die Feuerwehr hatte die Sache schnell im Griff und löschte das Feuer. Verletzt wurde niemand, der Sachschaden wird auf etwa 10 000 Euro geschätzt, wie die Polizei mitteilt.

Einbrecher wollten Tor einreißen

Langenselbold (pm/phr). In das Gelände eines Caravan-Centers an der Birkenweier Straße haben Unbekannte in der Nacht zum Montag versucht einzubrechen. Zwischen Sonntag, 20 Uhr, und Montag, 7 Uhr, führen sie mit einem Auto rückwärts vor ein zweiflügeliges Metalltor und versuchten, mit der Anhängerkupplung das Tor aus den Angeln zu heben, wie die Polizei mitteilt. Aufgrund von Sicherungsvorrichtungen hielt das Tor stand, wurde aber beschädigt. Die Einbrecher fuhrten davon, ohne auf das Firmen- und Ausstellungsgelände gelangt zu sein. Hinweise nimmt die Polizei unter Telefon 0 61 81/10 01 23 entgegen.

Unbekannter fährt Verkehrsschild um

Erlensee (pm/phr). Umgefahren worden ist in der Nacht zum Samstag ein Verkehrszeichen, das auf einer Mittelinsel der Leipziger Straße in Rückingen nahe der Tausenstraße stand. Ein unbekannter Autofahrer war offensichtlich in Richtung Hanau unterwegs und kam dabei nach links von seiner Fahrbahn ab, wie die Polizei mitteilt. Dort stand allerdings das schulterhohe Warnschild, das von dem Auto erfasst wurde. Der Unfallfahrer fuhr davon und wird nun von der Polizei gesucht. Hinweise nimmt sie unter Telefon 0 61 81/9 01 00 entgegen.

Alarm vertreibt Eindringlinge

Schöneck (pm/phr). Unbekannte haben am frühen Montag versucht, in einen Lebensmittelmarkt an der Mühlstraße in Büdesheim einzubrechen. Kurz vor 6 Uhr schlugen sie eine Glas Tür ein und lösten dabei Alarm aus. Dadurch wohl verschreckt, flüchteten die Täter. Hinweise nimmt die Polizei unter Telefon 0 61 81/10 01 23 entgegen.

„Lärm zu verteilen, ist keine Lösung“

IGF-Vorsitzender Eric Ludwig zum neuen Fluglärm-Bündnis zwischen Hanau, Frankfurt, Mainz und Offenbach

Region Hanau (how). Positiv bewertet die Interessengemeinschaft zur Bekämpfung des Fluglärms (IGF) das gemeinsame Papier der vier Oberbürgermeister aus Hanau, Frankfurt, Offenbach und Mainz.

Claus Kaminsky (Hanau), Peter Feldmann (Frankfurt), Michael Ebling (Mainz) und Horst Schneider (Offenbach) hatten am Montag in Frankfurt ein Bündnis gegen den Fluglärm geschmiedet. Sie halten vor allem die Ausweitung des Nachtflugverbots auf dem Frankfurter Flughafen für notwendig. Zudem verlangen sie Lärmobergrenzen, eine nationale Luftfahrtstrategie sowie mehr Anreize für leisere Flugzeuge. „Es ist ein wichtiges Signal“, sagt Eric Ludwig im Interview mit HA-Redakteur Holger Weber. Der Hanauer Ludwig ist seit knapp zwei Jahren der Vorsitzende der IGF, die sich jeweils montags auch an den Demonstrationen im Frankfurter Flughafen beteiligt und deren Mitglieder aus dem gesamten Main-Kinzig-Kreis kommen.

Was halten Sie von der Initiative der vier Oberbürgermeister?

Eric Ludwig: „Man muss die Initiative vor dem Hintergrund betrachten, dass die Landes-SPD die Forderung nach der Ausweitung des Nachtflugverbots nicht in ihr Wahlprogramm aufgenommen hat. Das hat bei den Fluglärm-Betroffenen zu einer großen Enttäuschung geführt. Von daher finde ich, dass die Bürgermeister hier noch einmal einen wichtigen Punkt gesetzt haben.“

Sie haben Hanau OB Claus Kaminsky

immer vorgeworfen, aus Parteiräson in Sachen Fluglärm nur halbherzig zu agieren. Hat Sie der OB überrascht?

Der hessische Entwurf der Bundesratsinitiative ist nicht mehr als eine Showeinlage

Ludwig: „Mit den Forderungen nach einer Ausweitung des Nachtflugverbots oder der Anpassung der Flugentgelte an die Lärmemission sind die vier Bürgermeister ihrer eigenen Partei sicherlich einen Schritt vorausgegangen. Das ist richtig so. Und es ist auch vernünftig von Herrn Kaminsky, dass er hier Forderungen aufstellt, die für Hanau notwendig sind. Einige Inhalte ähneln dem Zehn-Punkte-Programm der Fluglärm-Kommission.“

Die beiden Bundesländer Hessen und Rheinland-Pfalz versuchen bisher vergeblich, sich auf eine gemeinsame Bundesratsinitiative zum Thema Fluglärm zu einigen. Gehen die vier Bürgermeister, die ja ebenfalls aus den beiden Bundesländern stammen, mit gutem Beispiel voran?

Ludwig: „Durchaus. Sie drängen ja noch einmal darauf, dass man eine Initiative startet, die für die Menschen auch wirklich etwas bringt. Vor allem der hessische Vorschlag ist nur halbherzig und durch

den Wahlkampf motiviert, während die rheinland-pfälzische Fassung aus Sicht der Betroffenen eindeutig die bessere ist.“

Haben Sie Hoffnung, dass die Initiative der Oberbürgermeister einen Effekt hat?

Ludwig: „Wir demonstrieren jeden Montag auf dem Flughafen. Diese Aktionen haben auch nicht gleich einen spürbaren Effekt, sondern es geht darum, Einfluss zu nehmen und Druck auszuüben. Ich denke, wenn vier Oberbürgermeister erklären, dass sie eine Ausweitung des Nachtflugverbots brauchen und dass es eine Lärmobergrenze geben muss, dann ist das ein wichtiges Signal. Ich finde es wichtig, dass die Verfasser der Initiative betont haben, dass durch die Lärmobergrenze auch wirklich eine Entlastung geschaffen werden muss. Die Bestimmtheit hat mir bei der Fluglärmkommission oder beispielsweise im Wahlprogramm der SPD gefehlt.“

Die Bürgermeister haben gefordert, dass bei der Veränderung von Flugrouten Menschen nicht gegeneinander ausgespielt werden sollen. Halten Sie das für realistisch? Es gibt doch immer Gewinner und Verlierer.

Ludwig: „Die Verwaltungschefs wollen eine gewisse Berechenbarkeit und Planbarkeit, sodass am Ende durch eine Verlage-

rung der Routen nicht wieder böse Überraschungen für das eine oder andere Gebiet herauskommen, das vielleicht vorher noch nicht vom Fluglärm betroffen war. Diese Forderung deckt sich im Übrigen mit der der Fluglärmgegner. Die Fluglärm-Betroffenen fordern eine echte Reduktion und wollen verhindern, dass der Lärm anders verteilt wird.“

Einige Forderungen der Oberbürgermeister werden ja bereits umgesetzt. Schon jetzt berechnet die Flughafentreiberergesellschaft Fraport die Flugentgelte nach Lärmemission der Flugzeuge.

Ludwig: „Im Augenblick geschieht das sehr begrenzt. Ich verspreche mir nichts davon. Fraport lebt davon, dass geflogen wird. Die Zahl der Flüge wird durch diese Maßnahmen nicht wirklich reduziert. Vielleicht wird man einige Flugzeugtypen, die normalerweise nur noch in Afrika geflogen werden und nur manchmal nach Frankfurt kommen, bestrafen und somit langfristig fernhalten. Aber eigentlich ist das auch nur eine Show.“

Hoffen Sie, dass die Landtagswahlen das Thema Fluglärm noch einmal auf die Tagesordnung zurück bringt?

Ludwig: „Die SPD hat ja schon etwas in ihr Programm aufgenommen. Die CDU wartet noch ab. Über die Vorschläge der Christdemokraten kann man nur spekulieren. Wahrscheinlich werden sie eine weiche Formulierung wie ‚Der Fluglärm muss auf ein verträgliches Maß gesenkt werden‘ einarbeiten. Ich erwarte mir da keine echten Verbesserungen, eher nur Scheinzugeständnisse.“



Eric Ludwig

„Es kann nicht sein, dass Menschen keine Ruhe finden“

Oberbürgermeister erhalten Zustimmung vom Bundestagsabgeordneten Raabe – Grüne stellen neues Gutachten vor

Region Hanau (how). Die Fluglärm-Initiative der Rathauschefs aus Hanau, Frankfurt, Offenbach und Mainz hat unterschiedliche Reaktionen ausgelöst. Der heimische SPD-Bundestagsabgeordnete Sascha Raabe unterstützt das Papier der vier Oberbürgermeister, unter denen sich auch Hanau OB Claus Kaminsky befindet. Die Vereinigung der hessischen Unternehmensverbände lehnte die Forderung nach einer Ausweitung des Nachtflugverbots derweil ab. Unterdessen stellten die Grünen gestern in Wiesbaden ein Gutachten vor, wonach es mehrere Varianten gibt, eine verbindliche Nachtruhe von 22 Uhr bis 6 Uhr durchzusetzen.

Die vier Oberbürgermeister hatten in dem gemeinsamen Papier neben der Ausweitung des Nachtflugverbots auch die Schaffung einer Lärmobergrenze sowie mehr Anreize für leisere Flugzeuge gefordert. Zudem verlangen sie eine Verlagerung des Luftfrachtverkehrs auf den Flughafen Frankfurt/Hahn in der Eifel. Derzeit sind

zwischen 23 Uhr und 5 Uhr keine Starts und Landungen am größten deutschen Flughafen erlaubt.

Der Bundestagsabgeordnete Sascha Raabe sagte, es könne nicht sein, dass in einem derart besiedelten Gebiet wie dem Rhein/Main-Gebiet nachts geflogen werde und die Menschen keine Ruhe fänden. Er sprach sich außerdem dafür aus, die Landeanflüge in Frankfurt in einem lärmarmen kontinuierlichen Sinkflug, dem sogenannten CDA-Verfahren, durchzuführen. Raabe: „Wir wissen, dass das technisch möglich, aber von der Flugsicherung und dem Flughafenbetreiber Fraport nicht gewollt ist.“

Die Vereinigung der hessischen Unternehmensverbände befürchtet indes durch die Ausweitung des Nachtflugverbots eine Abwanderung von Passagier- und Frachtströmen. Frankfurt hätte dann keinen Weltflughafen mehr, was Konsequenzen für den Wohlstand der Menschen in der Region Hessen und darüber hinaus hätte. Der

Frankfurter Flughafen sei in Sachen Lärmschutz führend in Europa: „Kein anderer Weltflughafen kann so ein umfassendes Lärmschutzpaket wie das sechsstündige Flugverbot, die Maßnahmen zum aktiven und passiven Schallschutz und die lärmbezogene Landeentgelte vorweisen“, sagte Hauptgeschäftsführer Volker Fasbender.

Mainzer wollen noch mehr

Einer Mainzer Bürgerinitiative geht die Initiative der Oberbürgermeister indes noch nicht weit genug. Zwar begrüßte sie die Forderung nach einem verlängerten Nachtflugverbot. Doch lehnte sie die Einführung von Lärmobergrenzen ab, ohne die Zahl der Flugbewegungen zu deckeln. Die Bürgerinitiative befürchtet, dass Fraport und die Fluggesellschaften die Obergrenzen mit neuen Flugrouten aushebeln könnten. Auch Schallschutzmaßnahmen lehnt der Verein ab. Es dürfe keine „Käfig-

haltung“ der Flughafenanwohner geben. Hessens Grüne fühlen sich derweil beim Streit um die Nachtruhe am Frankfurter Flughafen durch die Initiative der vier Oberbürgermeister sowie ein Gutachten bestärkt. Danach gebe es mehrere Varianten, um eine Nachtruhe von 22 bis 6 Uhr durchzusetzen, sagte Landtagsfraktionschef Tarek Al-Wazir gestern in Wiesbaden. Der Planfeststellungsbeschluss für das derzeit geltende Nachtflugverbot sei dann nicht mehr gültig, wenn Lärmgrenzwerte überschritten würden. In einigen Bereichen des Flughafens seien jetzt schon die Werte „nahe an dem, was für 2020 prognostiziert wird“.

Im Falle einer rot-grünen Mehrheit nach der Landtagswahl im September ist damit aber auch der Konflikt mit der SPD vorprogrammiert, die wie die schwarz-gelbe Landesregierung bei der geltenden Regelung bleiben will. Das Thema Nachtruhe könnte zum Streitthema bei Koalitionsverhandlungen werden.